

## Essen ist unser! Masterplan Sport stoppen!

Der Rat der Stadt Essen wird sich in seiner Sitzung am 16. Mai entscheiden, ob er den beiden Bürgerbegehren „Masterplan Sport stoppen“ und „Essen ist unser“ beitrifft. Rolf Grotjohann und Claudia Jetter werden das Anliegen der beiden Bürgerbegehren dem Rat vortragen. Rotlicht hat mit ihnen über ihre Einschätzung der Situation gesprochen.

**rotlicht:** Wie schätzt Ihr die Kräfteverhältnisse ein, wird der Rat Eurem Bürgerbegehren beitreten?

**R. Grotjohann:** Die Zulässigkeit der beiden möglichen Bürgerentscheide steht wohl aufgrund der Ergebnisse bei den Unterschriftensammlungen außer Frage. Ich werde jedenfalls mit meinem Vortrag in der Sitzung am 16. Mai alles versuchen, den Rat der Stadt Essen zum Stoppen des „Masterplans Sport“ zu bewegen und dadurch unserem Bürgerbegehren beizutreten. Wenn nur die Vernunft hierbei gefragt ist, müsste dies auch gelingen.

**C. Jetter:** Realistisch betrachtet werden wohl lediglich die Vertreter/innen der Fraktion „Die Linke./DKP/AUF“, die uns ja auch beim Unterschriftensammeln unterstützt haben, für einen Beitritt zu unserem Bürgerbegehren stimmen. Die Fraktionen der CDU und SPD haben in der Vergangenheit Teile der öffentlichen Daseinsvorsorge verkauft bzw. verleast. Die Maxime „Privat vor Staat“ dient meist nur den Interessen von Unternehmen und nicht den Interessen der Bürger/innen. Dies scheint auch die Grünen nicht zu beunruhigen.

**rotlicht:** Was sind Eure Überlegungen für den weiteren Kampf, wenn der Rat Eueren beiden Bürgerbegehren nicht beitrifft?

**C. Jetter:** Wir haben uns unmittelbar nach der Einreichung der Unterschriften mit den Vertreter/innen des Bürgerbegehrens „Masterplan Sport stoppen“ auf eine gemeinsame Kampagne verständigt. Wenn uns seitens des Rates oder der Verwaltung keine Steine in den Weg gelegt werden, wird es einen gemeinsamen Termin für beide Bürgerentscheide geben. Unsere Anliegen ähneln sich in vielen Punkten. Es bietet sich deshalb an, die vorhandenen Kräfte zusammenzuführen und zu bündeln.



Friedel Brüne, (Links, stellv. Sprecher des Bürgerbegehrens Masterplan Sport stoppen) Rolf Grotjohann (2. v. Links, Sprecher der Bürgerbegehrens „Masterplan Sport“), und die beiden Vertreter von „Essen ist unser“, Patrik Köbele (Mitte, DKP-Ratsherr) und Claudia Jette (Rechts, attac), ebenfalls „Essen ist unser“ bei der Übergabe der Stimmzettel an das Wahlamt

**R. Grotjohann:** Wir müssen jetzt schon alle Möglichkeiten in Betracht ziehen. So werden schon jetzt alle erforderlichen Aktivitäten für einen eventuellen Bürgerentscheid im August 2007 beraten und vorbereitet.

**rotlicht:** Was erwartet Ihr von den Essenerinnen und Essenern für einen erfolgreichen Wahlkampf?

**C. Jetter:** Wir wollen die Menschen dazu ermuntern, darüber nachzudenken und sich die Frage stellen, welche Vor- oder Nachteile die Privatisierungen der Daseinsvorsorge für sie bereits ergeben haben. Nur öffentliche Dienstleistungen in der Hand der Bürger/innen ermöglichen eine demokratische Kontrolle. Private Unternehmen entziehen sich dieser. Um nichts weniger geht es.

**R. Grotjohann:** Wenn die Essener Bürger nicht zu sehr von Urlaubsmüdigkeit geplagt werden, müssten sie den Sinn unserer Ziele erkennen und uns bei den Bürgerentscheiden zum Erfolg verhelfen.

### kurz & knapp

**Tiefgarage vergessen?** Ein Gerücht geht um in Essen! Wurden bei der Beschlussfassung zum Bau des neuen Folkwang Museums die Kosten für die Tiefgarage vergessen? Kommen Millionenlasten auf die Stadt zu, die nicht durch die „Gabe“, das die Kruppianer erwirtschafteten, gedeckt sind? Hoffentlich ein Gerücht, sonst ein faustdicker Skandal – Rotlicht und DKP werden berichten.

**Landgericht Essen gibt Preisprotesten der Gaskunden Rückenwind** Nach dem großen Erfolg für die Verbraucher und der berechtigten Niederlage für die Stadtwerke Essen AG vor dem Landgericht Essen bekräftigt die Fraktion Die Linke./DKP/AUF ihre wiederholte Forderung nach Offenlegung der Preiskalkulation.

**Handlungsplan der Stadt für ETEC muss her** Die Fraktion Die Linke./DKP/AUF fordert die Stadtverwaltung auf einen Handlungsplan für das Essener Technologie- und Entwicklungszentrum (ETEC) aufzustellen. Das Nutzen des ETEC muss geprüft werden! .

# Millionengrab Zollverein



DKP-Ratsherr Patrik Köbele bei der Unterschriften-Aktion „Essen ist unser“

Für die Fraktion Linke./DKP/AUF nahm DKP-Ratsherr Patrik Köbele im Rat Stellung. Er verwies auf Ungereimtheiten bei den Besucherzahlen. Laut Pressemeldungen besuchten z.B. nur 64.000 der gemeldeten 215.000 Besucher der Entry die eigentliche

Ausstellung. Selbst wenn nun aber die offizielle Zahl von 215.000 Besuchern als Grundlage genommen wird, errechnete Patrik Köbele, dass damit jeder Besucher im Schnitt mit 29,38 Euro öffentlichen Mittel „subventioniert“ wurde (insgesamt über 6 Millionen Euro).

Köbele verwies weiter darauf, dass geplant sei in 2007 und in den Folgejahren weitere 39,9 Millionen Euro in die Projekte auf Zollverein zu pumpen. Wie das zum geplanten Kahlschlag in anderen Bereichen (z.B. Masterplan Sport) passen soll, wurde von der Koalition aus CDU und Grünen bislang nicht beantwortet.

## Mehr Demokratie – „Nein Danke!“

Am 28.3.2007 beschloss der Rat eine neue Satzung zu Bürgerentscheiden. Diese Satzung verbietet es, dass Wahlen und Bürgerentscheide am selben Tag stattfinden, obwohl dies Kosten sparen und mehr Menschen zu den Wahlurnen mobilisieren würde. Die Fraktion Linke./DKP/AUF hatte beantragt diesen Passus zu streichen, Patrik Köbele trug die Argumente dazu vor. Ausgerechnet von der Grünen-Ratsfrau Schmutzler-Jäger wur-

de ihm dafür eine „antidemokratische Herangehensweise“ vorgeworfen. Vor einigen Jahren warben die Grünen noch mit dem Slogan „basisdemokratisch – ökologisch – gewaltfrei“. Nachdem sie die Militäreinsätze im Ausland befürworten und die ökologischen Fragen den Profitinteressen der Kapitalisten unterordnen, bleibt nun auch von „basisdemokratisch“ offensichtlich nichts mehr übrig.



**rotlicht:** Die Emschergenossenschaft plant „die Renaturalisierung der Emscherzone“. Wie passt denn ein Schrottplatz samt Schredder der Firma Prison auf dem ehemaligen Olsberggelände, in dieses Konzept?

**H. Bußfeld:** In dieser Planung wird das ehemalige Olsberggelände in Verbindung mit dem Weltkulturerbe Zollverein gesehen und als „Schlosslage“ ausgewiesen, das heißt für hochwertige gewerbliche Nutzung, zum Beispiel für Forschung und Planung. Ein Schrottplatz mit Schredder und Hammermühle sowie ein Trödelmarkt sind nicht mehr zeitgemäß und gehören hier nicht hin.

**rotlicht:** Sie meinen sicher die Fa. Harmuth im Stadthafen.

**H. Bußfeld:** : Ja, auch gegen die EVA Harmuth kämpfen wir nicht alleine. Über 4000 Menschen haben Widerspruch gegen die Ansiedlung eingelegt. Die Fa. Harmuth möchte hier durch die Hintertür einen weiteren Müllofen, als „Energetische Verwertungsanlage“ getarnt, installieren.

**rotlicht:** Hierzu gab es doch am 25 April eine öffentliche Anhörung.

**H. Bußfeld:** Diese war für mich nur eine Alibiver-

## Schwarzbuch: Essener Sportstätten gammeln, Zollverein soll glänzen



Z. B.: Städtische Sportanlage Bämelerstraße und Bäuminghausstraße



Für die Renomierobjekte z. B. die Villa Hügel, Zeche Zollverein, das Rathaus, die Philharmonie, das Aalto-Theater, werden Millionen ausgegeben. Auf der Strecke bleiben die Einrichtungen die für die Bürger noch bezahlbar sind. Z. B. Bibliotheken, Bäder und Sportstätten. Sie werden geschlossen oder vergammeln. (S. Fotos)

## Wir sind doch nicht die Müllhalde und der Schrottplatz für das Ruhrgebiet!

Interview mit dem Vorsitzenden der Bürgerliste Nord, Herbert Bußfeld

anstellung. Nach ca. einer Stunde wurde von mehreren Bürgern der Antrag gestellt, die Anhörung zu beenden. Denn kein Sprecher der Fa. Harmuth war in der Lage die Ungereimtheiten im Genehmigungsantrag zu erklären. Auch war es beschämend, wie leichfertiger Mitarbeiter des Umweltamtes Essen mit der Fürsorgepflicht und der Gesundheit ihrer Bürger umgehen.

**rotlicht:** Wieso Alibiveranstaltung?

**H. Bußfeld:** Umso länger die Veranstaltung dauerte, je mehr begründete Einwände erhoben und belegt wurden, desto größer wurden

auch die Ängste der anwesende Bürgerinnen und Bürger um ihre Gesundheit und körperliche Unversehrtheit.

Aber weder ein Vertreter der Stadtverwaltung Essen noch jemand der Landesbehörden NRW unterstützte die vielen Bedenken der Bürger. Wenn eine Firma schon etliche Gebäude errichtet und auch schon den Müllofen vor Ort hat (ohne rechtliche Genehmigung und Millionen Euro investiert), und man dazu die Passivität der Verwaltung und der Behörden sieht, wird man das Gefühl nicht los, hier ist schon alles hinter verschlossenen Türen gelaufen



### Pfingstcamp 2007 der DKP im Bürgerpark Kuhlhoffstraße

26.-28.5.07, 22 Euro incl. Verpflegung, Thema: **Wir machen Zirkus!!!**, Kinder im Alter von 6-13 Jahren, werden in Zelten untergebracht, Anmeldung unter DKP Essen, Hoffnungstraße 18, 45127 Essen, Tel.: 0201/22 51 47

Vorn./Name des Kindes: \_\_\_\_\_ Geburtstag: \_\_\_\_\_

Straße/Hausnummer: \_\_\_\_\_

PLZ Ort: \_\_\_\_\_

Ich bin während des Pfingstcamps unter folgender Tel.-Nr. erreichbar: \_\_\_\_\_

Bemerkungen (Allergien, notwendige Medikamente etc.): \_\_\_\_\_

Datum: \_\_\_\_\_ Unterschrift: \_\_\_\_\_

Anzeige

# Wenn Wohnungen zur Handelsware werden

**rotlicht:** Was passiert auf dem Wohnungsmarkt in Essen?

**Karin Schnittker:** Die Menschen in Essen sind sehr besorgt über ihre Wohnungen. Sie leben vor allem in ehemaligen Werkswohnungen des Bergbaus oder der Eisen- und Stahlindustrie. Sie hatten auf ein lebenslanges Wohnrecht vertraut. Aber ihre Wohnungen sind zur Handelsware geworden. Durch den Verkauf scheffeln ihre Besitzer Riesengewinne: Viterra, Thyssen-Krupp, die Bahn AG, Gagfah und RWE nehmen dabei keine Rücksicht auf die Menschen, die jahrzehntelang für sie gearbeitet haben.

**rotlicht:** Wer sind die Käufer?

**Karin Schnittker:** Käufer sind Verwerterfirmen. Sie verkaufen die Wohnungen an andere Spekulanten weiter oder wandeln sie in Eigentumswohnungen, um sich eine goldene Nase zu verdienen. Internationale Investmentfonds wie etwa Annington und Fortress

Anzeige

## Kinderferien: Mit der DKP Frankreich erleben



### 22. Juli - 4. August 2007 14 tolle Tage für nur 195 Euro.

Für alle Kinder zwischen 10 und 14 Jahren. Das Kinderferienlager 2007 der DKP führt wie in den vergangenen Jahren nach Nordfrankreich. Nur 4 Kilometer von der Küste des Ärmelkanals entfernt, zwischen dem „Cap Blanc Nez“ und dem „Cap Griz Nez“. Das Zeltlager der DKP befindet sich auf einem extra abgeteilten Gelände des Campingplatzes „Les Epinettes“. Unser Programm Badevergnügen an der Kanalküste • Lagerfeuer • Neptun- oder Waldfest • Begegnung mit Asterix und Obelix und attraktive Ausflüge, z. B. Freizeitpark Bellewaerde in Belgien

#### Infos und Anmeldung:

**DKP Essen, Hoffnungstr. 18**

**Tel. 0201-23 56 45**

**E-Mail: [dkp.essen@dkp-essen.de](mailto:dkp.essen@dkp-essen.de)**



*Karin Schnittker  
Vors. des Essener  
Mietervereins;  
Kreisvorsitzende  
der DKP Essen;  
Mitglied des Bau-  
und verkehrsaus-  
schusses; Stell-  
vertr. Mitglied des  
Ausschusses für  
Stadtplanung  
und Entwicklung,  
Essen*

kaufen die ganz großen Wohnungsbestände. Sie haben keinerlei Bindung an Arbeitsplätze und Werkzugehörigkeit. Sie sind nicht an Städteplanung und Stadtentwicklung interessiert. Sie haben den klaren Auftrag: hohe Profite.

**rotlicht:** Was bedeutet das für die Mieter?

**Karin Schnittker:** Die neuen Besitzer erhöhen ganz schnell die Miete. Mängelbeseitigung und regelmäßige Instandhaltung werden herausgezögert, die Pflege des Umfeldes ein-

geschränkt. Durch Luxussanierungen werden die Mieter vor die Wahl gestellt: entweder selbst kaufen – oder die Wohnungen werden an andere angeboten, wobei mit einer Eigenbedarfskündigung zu rechnen ist!

**rotlicht:** Haben denn die Mieter gar keine Rechte?

**Karin Schnittker:** Alle Rechte der Mieter auf Instandhaltung usw. bleiben weiterhin bestehen, wenn der Besitzer wechselt. Die Einführung neuer Nebenkosten dürfen nur mit Zustimmung der betroffenen Mieterparteien durchgeführt werden. Es gelten weiterhin die Gründe und Fristen für Mieterhöhung und Kündigung. Bei Umwandlung der Wohnung in eine Eigentumswohnung gibt es eine zusätzliche Kündigungsfrist von 3 Jahren. Doch es bleibt bei dem bewährten Grundsatz: Lassen Sie sich nicht aus ihrer Wohnung vertreiben. Wehren Sie sich gemeinsam.

## Faschistischen Umtrieben und Demagogien keine Chance! NPD-Verbot jetzt!

Am 21. April wollte die faschistische NPD in Borbeck auf einer Kundgebung ihre Umtriebe und Demagogien im neuen Gewand zeigen. Das Ziel ist, ihre rassistische und tief menschenfeindliche Gesinnung sozial zu verkleiden. Mit dieser Demagogie will sie sich als Partei der sozialen Probleme präsentieren. Sie beabsichtigt damit die wachsende Proteststimmung in der Bevölkerung gegen Armut und Massenarbeitslosigkeit für ihre menschenverachtende Ziele missbrauchen. Mehr als 1000 Essenerinnen und Essener waren innerhalb kürzester Zeit versammelt, um deutlich zu machen, dass die Faschisten in Essen nichts zu suchen haben. „Essen stellt sich quer: No Nazis!“ lautete ihre Losung.

Patrik Köbele, Ratsherr der DKP und Mitglied der Fraktion „Die Linke./DKP/AUF“, erklärte: „Unsere Stadt ist eine traditionsreiche antifaschistische Stadt. Wir wollen mit allen Kulturen und Minderheiten in unserer Stadt gemeinsam leben. Wir werden immer gemeinsam gegen die Faschisten stehen und kämpfen.“ Er begrüßt, dass der Oberbürgermeister Wolfgang Reiniger sich an der Kundgebung mit einer Rede beteiligte und sich klar gegen jede Form von Rechtsradikalismus aussprach. Er forderte aber Herrn Reiniger auf, mit der sozialen Kahlschlagspolitik und Privatisierung Schluss zu machen. „Es ist die höchste Zeit“, so Köbele, „mit NPD-Verbot endlich ernst machen.“

## Berthold Beitz: Der seltsame „Ehrenbürger“

„Ich komme mit dem Fahrer“. So lautet eine der Optionen auf der Einladungskarte zur Verleihung der Ehrenbürgerschaft der Stadt Essen an Berthold Beitz. Die Ernennung von Beitz zum Ehrenbürger macht die Politik der CDU und Grünen deutlich: Blindheit und Herzlosigkeit, wenn es um jene geht, die den Reichtum der Stadt angesichts ihres Schweißes schaffen. Die Stadt Essen will den Verwalter des Krupp-Erbes („Krupp ist meine Lebensaufgabe“) zum Stand der Ehrenbürger erheben. Er soll auch Namensgeber eines Boulevards sein, der vom Land NRW, das den Kindern der Hartz-IV-Empfänger das Büchergeld verweigert, mit 26,38 Mio. Euro gefördert wird. Beitz stand jahrzehntelang an der Spitze des Krupp-Unternehmens („Waffenschmiede Deutschlands“, -WDR), das immer ganz vorne

stand, wenn es um Zerschlagung der hart erkämpften demokratischen Rechte ging. Dabei möchte er sich fast als ein Freiheitskämpfer präsentieren: „Ich wollte selbst immer frei sein, vielleicht war mir deshalb die Freiheit der anderen auch wichtig“. Die vielen Millionen Arbeiter, die bei Krupp tagein tagaus malochen mussten, können ein Lied davon singen, was Herr Beitz und seinesgleichen unter „Freiheit der anderen“ verstehen. Die 55 Millionen, die er für das Museum Folkwang zur Verfügung stellte, wird ihm zu Gute gehalten. Man vergisst aber, dass es die Arbeiter und Angestellten waren, die den Reichtum geschaffen haben, die er so „großzügig“ verteilt. DKP-Ratsherr Patrik Köbele: „Das ist mir zu viel Ehre! Ich komme nicht, ob mit oder ohne Fahrer.“

# Her mit den Ausbildungsplätzen!



Postkartenaktion der Bezirksschülervertretung, DGB-Jugend, DIDF-Jugend, Ratsfraktion Die Linke./DKP/AUF, rebell, SDAJ, SID-Die Falken, solid und verdi-Jugend. Damit sollen Unterschriften für mehr Ausbildungsplätze gesammelt werden

In den letzten Jahren hat sich die Lage der Jugend in Essen drastisch verschlechtert. Die Chancen über eine Ausbildung oder ein Studium den Zugang zum ersten Arbeitsmarkt zu kommen, ist für viele Jugendliche kaum noch möglich. In Essen suchen derzeit fast 3.500 Jugendliche einen Ausbildungsplatz. Es stehen aber etwa nur 2.900 Ausbildungsplätze zur Verfügung. Ratscherr Patrik Köbele sieht die Arbeitslosenquote bei den Jugendlichen unter

25 Jahre mit 13,1 Prozent unerträglich hoch. Es ist eine unakzeptable Situation, dass auf der einen Seite die Gewinne der Großkonzerne auf Rekordhöhen steigen, aber auf der anderen Seite immer mehr Ausbildungs- und Arbeitsplätze vernichtet werden. Zudem wird der Zugang zur Universität für große Teile der Bevölkerung durch Studiengebühren erschwert oder gar unmöglich gemacht. Auch an den allgemein bildenden

Schulen sinkt die Qualität der Ausbildung durch zu große Klassen und zu wenig Lehrpersonal ständig. Es sind dutzende Beispiele von Realschul- und Hauptschulabschlussklassen bekannt, in denen kaum eine/r einen betriebliche Ausbildungsplatz findet. Keine der Parteien und Koalitionen, die in den letzten Jahren in Essen die Ratsmehrheit stellte, hat ernsthaft versucht, sich dieser Probleme anzunehmen und der Jugend eine Perspektive zu bieten. Selbst die Stadt Essen als größter Arbeitgeber in der Stadt bildet nur 3,3 Prozent aus. Ratscherr Patrik Köbele fordert deshalb den Rat der Stadt Essen auf, die von verschiedenen Jugendverbänden wie DGB-Jugend und SDAJ formulierte Forderung, mindestens 7 bzw. 10 Prozent auszubilden, endlich aufzugreifen und umzusetzen. Dazu organisiert die Fraktion Die Linke./DKP/AUF in einem Bündnis am 30. Mai 2007 ein Ausbildungsforum. Patrik Köbele: „Jugend ist die Zukunft heißt es ganz salopp. Aber dazu muss sie auch eine Zukunft haben. Es muss ihr eine Zukunft aufgebaut, nicht, wie gegenwärtig, verbaut werden.“

## Unser Recht auf Mitbestimmung: Ein Dorn im Auge der CDU und FDP

Die Landesregierung aus CDU und FDP will die Mitbestimmungsrechte der Beschäftigten im öffentlichen Dienst in NRW erheblich einschränken. Jürgen Rüttgers tritt auf seiner Internetseite gern mit dem Spruch auf: „Den Menschen in unserem Land geht es wieder besser. Die Arbeitslosigkeit ist deutlich gesunken.“ Die Beschäftigten im öffentlichen Dienst im Land NRW – rund 650.000 – kann er nicht gemeint haben. Ziel seines neuen Angriffs sind die in den Schulen, der Universität oder Fachhochschule, bei der Polizei und in den Kliniken, bei WDR, GEZ, dem Finanzamt, der Stadtparkasse und zahlreichen anderen Einrichtungen tätigen

Menschen. Ihnen sollen die Mitbestimmungsrechte im Landespersonalvertretungsgesetz (LPVG) erheblich beschnitten werden. Durch vorangetriebene Privatisierungen werden deshalb nicht nur die Löhne unter Druck geraten, sondern auch die Arbeitsplätze. Denn die Mitbestimmungsrechte der Personalvertreter bei Privatisierungen, Kündigungen, Abmahnungen und vielen anderen Tatbeständen, die bisher dem Mitbestimmungsrecht unterlagen, fällt dann weg oder wird erheblich abgeschwächt. Auf der einen Seite gibt Rüttgers vor, die Rechte der Arbeitnehmer stärken zu wollen, auf der anderen Seite macht er die Mitbestim-

mungsrechte der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter kaputt. Das ist ein von langer Hand vorbereiteter Angriff. Denn im Eckpunktepapier der Landesregierung verkünden CDU und FDP das „in den nächsten Jahren 12.000 Stellen abgebaut werden müssen“ und „für diesen Modernisierungsprozess bedarf es eines zeitgemäßen Personalvertretungsrecht.“ CDU und FDP denken seit langem darüber nach, betriebliche Mitbestimmung grundsätzlich zu stutzen, um die Gewerkschaften im Lande zu schwächen und somit den Ausverkauf des Gemeineigentums an Spekulanten und andere Abzocker zu beschleunigen.

Anzeige

# FEST DER SOLIDARITÄT

Volksfest der DKP & UZ ★ 22.-24. Juni 2007  
Dortmund Revierpark Wischlingen



22. Juni abends Großveranstaltung  
**„Rock gegen Rechts“**  
mit der Kölner Rockgruppe **Brings** und der HipHop-Gruppe **Microphone Mafia** und vielen anderen

23./24. Juni ★ Gilad Atzmon „Orient House“  
Süverkrüp ★ Kai Degenhardt ★ David  
Rovics Bernd ★ Köhler und andere  
An allen Tagen Literatur- & Kunsthalle  
Büchern ★ CDs ★ Filmen ★ Stände von Verlagen  
und Antiquariaten ★ Kunstauktion/So. 11.00 Uhr

Kauft den Solidaritäts-Button zum Preis von 5 Euro.  
Erhältlich: DKP-Parteivorstand, Hoffnungstr. 18  
45127 Essen ★ Tel. 0201 - 17 78 89 0  
E-Mail: Fest-der-Solidaritaet2007-DKP@t-online.de  
oder dkp.pv@t-online.de Oder auf dem Festgelände. Der Button berechtigt zum  
Eintritt zu allen Veranstaltungen

